

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD

Energiegenossenschaften fördern – Energiewende vorantreiben

2012 ist offizielles Jahr der Genossenschaften. Energiegenossenschaften sind ein gutes Mittel, um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Windkraft- oder Solaranlagen zu organisieren. Als Anlageform ermöglicht die Genossenschaft im Bereich der erneuerbaren Energien regionale und nachhaltige Investitionen. Bürgerinnen und Bürger übernehmen durch ihr Engagement Verantwortung für die Energiewende.

In den Jahren 2010 und 2011 ist ein starker Ausbau sowohl der Windkraft- als auch der Solarenergienutzung in Bremen und Bremerhaven erfolgt. Die im Rahmen der bestehenden Windkraftausbauplanung ausgewiesenen Flächen für die Windkraftnutzung sind inzwischen nahezu komplett belegt.

Auch die Nachfrage nach geeigneten Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden, die von der Solardachbörse angeboten werden, übersteigt das Angebot. Bisher sind vor allem die Dächer von Schul- und Verwaltungsgebäuden für die Verpachtung an Dritte zugänglich gemacht worden. In Zukunft sollen aber auch große Dächer von Lagerhallen im Bereich der bremischen Häfen, bei Gewerbebauten sowie ein weiterer Zubau auf der Blocklanddeponie geprüft werden.

Häufig kommen bei der Verpachtung Investoren zum Zuge, da Genossenschaften oder andere Beteiligungsmodelle nicht ausreichend Zeit bekommen oder die Vorleistungen nicht erbringen können. Es werden an die Betreiber von Solaranlagen auf öffentlichen Dächern hohe Anforderungen gestellt. So muss z. B. eine geprüfte Statik erstellt werden, ohne dass immer die erforderlichen Unterlagen beim Gebäudeeigentümer vorhanden sind.

Aufgrund der Kürzungen bei der Einspeisevergütung des Solarstroms spielt die Eigenutzung des Stroms eine zunehmende Rolle: mindestens 10% des erzeugten Stroms müssen selbst genutzt werden. Hier sollte eine Lösung gefunden werden, die sowohl einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen gewährleistet als auch für die Nutzerinnen und Nutzer der Gebäude einen Vorteil durch geringere Preisrisiken bewirkt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

Innerhalb von sechs Monaten ein Konzept zur Förderung von Energiegenossenschaften vorzulegen, das sicherstellt, dass

- a. im Rahmen der nächsten Stufe der Windkraftausbauplanung auch Windvorrangflächen ausgewiesen werden, die durch regionale Genossenschaften realisiert werden können, z. B. in der Mahndorfer Marsch.
- b. jedes Jahr mindestens 2.000 m² öffentliche Dächer für die Nutzung von Photovoltaik bereitgestellt werden, wobei alle Ressorts an der Suche nach geeigneten Dachflächen zu beteiligen sind, damit auch die Flächenpotenziale in den Häfen, im Bereich der Gewerbeflächen und auf der Blocklanddeponie einbezogen werden.
- c. mindestens 10% der Dachflächen für die Nutzung durch Genossenschaften oder andere geeignete Bürgerbeteiligungsmodelle zur Verfügung gestellt werden.
- d. für Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die auf einem öffentlichen Dach eine Solaranlage errichten möchten, eine feste Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner genannt und entsprechende Anfragen zeitnah beantwortet werden.
- e. eine Regelung gefunden wird für die Verwendung und angemessene Vergütung des in den öffentlichen Gebäuden erzeugten Solarstroms durch die Nutzerinnen und Nutzer.

Dr. Anne Schierenbeck, Carsten Werner, Jan Saffe, Marie Hoppe, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD